



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Familie, Jugend, Integration
und Verbraucherschutz
Herrn Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

21. März 2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK-01 421-2		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

19. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher- schutz am 15. März 2018

hier: TOP 6

Kinderreport 2018 - Bekämpfung von Kinderarmut
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 17/2714

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der 19. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftli-
chen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Das Deutsche Kinderhilfswerk gibt jährlich eine wissenschaftliche Erhebung zur Erstel-
lung des Kinderreports Deutschland in Auftrag. Für den Kinderreport 2018 wurden im
November/Dezember 2017 vom Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Umfragen
durchgeführt - eine unter Kindern und Jugendlichen (10- bis 17-Jährige) und eine unter
Erwachsenen (ab 18-Jährige). Befragt wurden 1.621 Personen, davon 620 Kinder und
Jugendliche sowie 1.001 Erwachsene.

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375



Folgende Ursachen für Kinderarmut wurden von den Befragten am häufigsten genannt:

- zu geringe Einkommen (Kinder und Jugendliche: 94 Prozent; Erwachsene: 84 Prozent),
- unzureichendes Engagement der Politik (Kinder und Jugendliche: 90 Prozent; Erwachsene: 73 Prozent),
- eine zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden (Kinder und Jugendliche: 89 Prozent; Erwachsene: 81 Prozent),
- fehlende Bildungschancen für arme Kinder (Kinder und Jugendliche: 68 Prozent; Erwachsene: 78 Prozent).

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Politik zu einem umfassenden Maßnahmenpaket auf, das in eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzubetten sei.

Die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ist eine Aufgabe, die alle Teile der Gesellschaft angeht. Die Landesregierung setzt sich für soziale Sicherheit ein, die allen Menschen zu Gute kommt, egal welches Geschlecht und Alter oder welche Herkunft oder welchen sozialen Status sie haben.

Die Strategie der Landesregierung zur Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen setzt vorrangig auf drei Ebenen an: Der Verbesserung der Einkommenssituation, der Unterstützung von Teilhabechancen und der Prävention gegen zukünftige Armutsrisiken. Arbeitslosigkeit und Niedriglohn zählen zu den wichtigsten Ursachen von Armut.

Das ist auch der richtige Ansatz, wenn es um Kinderarmut geht. Denn Armut manifestiert sich in den Familien und Kinderarmut ist immer auch die Armut der Familie. Und es ist oft genug auch ein sozialräumliches Problem.



Zentrale Anknüpfungspunkte zur Vermeidung von Armut sind daher aus Sicht der Landesregierung vor allem fair entlohnte sozialversicherungspflichtige Arbeit und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Mit jährlich deutlich über 300 arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten bekämpft die Landesregierung die Arbeitslosigkeit und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Neben der materiellen Armutsbekämpfung ist die Vermeidung von sozialer Ausgrenzung ebenso von großer Bedeutung. Daher nimmt die Landesregierung auch Themen, wie Mobilität, den Zugang zu Hilfe- und Unterstützungsangeboten und die Integration von Betroffenen in das soziale, kulturelle und politische Leben, in den Blick. Und schließlich ist die Prävention von Armut ein wichtiger Schwerpunkt. Dazu zählt vor allem der Bereich Bildung mit der gezielten Förderung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen sowie die Unterstützung von Familien, besonders aus benachteiligten Verhältnissen, so zum Beispiel durch den Ausbau einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur und die Sicherung einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Darüber hinaus legt die Landesregierung ein besonderes Augenmerk auf die Lebensbedingungen der Menschen in Rheinland-Pfalz vor Ort. So fördert das Land zum Beispiel sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile, in denen sich soziale Problemlagen konzentrieren, um diese aufzuwerten und so der Ausgrenzung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner entgegenzuwirken.

Eine besondere Funktion hat dabei die stadtteilorientierte Gemeinwesenarbeit. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie gewährt beispielsweise in neun Städten Personalkostenzuschüsse für 25 Fachkräfte, die mit ihrer Arbeit zur sozialen Integration benachteiligter Menschen beitragen.

Der komplexen Problematik Armut kann nur durch ein gemeinsames, koordiniertes und zielgerichtetes Handeln begegnet werden.



Daher hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im Jahr 2017 den landesweiten Beteiligungsprozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gestartet. Ziel des Beteiligungsprozesses „Armut begegnen - gemeinsam handeln“ ist es, die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen spürbar zu verbessern. Mit dem Beteiligungsprozess sollen - in Ergänzung der strategischen Ansätze auf Landesebene - Lösungen entwickelt werden, mit deren Hilfe auf örtlicher und regionaler Ebene prekäre Lebenslagen überwunden oder die negativen Folgen von Armut beseitigt werden können.

Der Beteiligungsprozess richtet sich an alle Akteurinnen und Akteure, die zur Bewältigung von Armut und sozialer Ausgrenzung einen Beitrag leisten können. Dazu zählen zum Beispiel die kommunale Politik, Verwaltungen, Jobcenter, Wohnungsbaugesellschaften, Sozialverbände, Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Familieninstitutionen, Spiel- und Lernstuben, Fachkräfte der Wohnungslosenhilfe, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit sowie - ganz generell - alle sozial engagierten Personen, die sich gegen Armut und Ausgrenzung einsetzen wollen.

Nach Beendigung der Beteiligungsforen im Februar 2018 soll das Vorhaben nun weiter konkretisiert werden. Sofern für die Kommunen machbar, will die Landesregierung ab Frühjahr dieses Jahres mit den örtlichen Beteiligungsworkshops beginnen, in denen die Erarbeitung von konkreten Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung weiter vertieft werden soll. Konzeptionell ist eine Zweiteilung der Workshops an jedem Standort angedacht. Ein Teil soll mit den sozialen Akteuren vor Ort stattfinden, ein zweiter Teil mit von Armut bedrohten oder betroffenen Menschen.



Es sind insgesamt Workshops dieser Art an bis zu zwölf Standorten in Rheinland-Pfalz geplant. Diese sollen grundsätzlich in der Zuständigkeit der teilnehmenden Kommunen organisiert werden, begleitet und unterstützt durch das Ministerium und das Organisationsberatungsinstitut ORBIT e.V., das die Moderation und die Veranstaltungsdokumentation übernehmen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler